Erläuterungen zum Polizeigesetzesentwurf der Gemeinde Arosa

Kurzfassung

Der Gemeindevorstand unterbreitet Ihnen nachfolgend ein Polizeigesetz, das wie in Art. 2 festgehalten, in Ergänzung zum eidgenössischen und kantonalen Recht neben der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit, auch das Taxi- und Fuhrhalterwesen sowie die Organisation und die Aufgaben der Gemeinde- und kommunalen Verkehrspolizei regelt. Der Vorstand führt dazu ein Vernehmlassungsverfahren durch.

Die Gemeinde Arosa verfügt zwar über ein kommunales Polizeigesetz, aber dieses gilt nur für das Gebiet der alten Gemeinde Arosa. Polizeiliche Bestimmungen finden sich unter anderem im Fuhrhalter- und im Taxigesetz, welche ebenfalls nur für das Gebiet der alten Gemeinde Arosa gültig sind. Mit Einführung eines Polizeigesetzes sollen diese Bestimmungen möglichst zusammengeführt und weitere Anliegen im Zusammenhang mit Ruhe und Ordnung und anderen für einen Tourismusort wichtige Regelungen aufgenommen werden. Die wesentlichen Punkte der Gesetzesvorlage können wie folgt zusammengefasst werden:

- Organisation und Regelung der örtlichen Gemeindepolizei unter Berücksichtigung der neusten Entwicklungen des kantonalen Polizeigesetzes
- Regelung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung inkl. Einführung von suchtmittelfreien Zonen, Verbot des Litterings und der Verrichtung der Notdurft in der Öffentlichkeit
- Kodifizierung des allgemeinen und gesteigerten Gemeingebrauchs und der Benützung öffentlichen Grundes
- Regelungen zu Lärm und anderen Immissionen zum Schutz des Ruhe- und Erholungsbedürfnisses der Gäste und Einwohner
- Übernahme und Anpassung der Ladenöffnungszeiten sowie Regelung der Tierhaltung, soweit die Gemeinde zuständig ist; insbesondere Einführung einer allgemeinen Leinen- und Kotalaufnahmepflicht für Hunde
- Regelung des Fuhrhalter- und des Taxiwesens im gleichen Gesetz, auch wenn sich die Synergien im Erlass in Grenzen halten
- Regelung der Strafbestimmungen mit Einführung eines Bussenkatalogs für leichte Übertretungen des Gemeinderechts

Der Gemeindevorstand erhofft sich mit diesem Polizeigesetz eine griffigere Handhabe, um unliebsamen Entwicklungen im Tourismusort Arosa entgegenzuwirken, diesen weiter zu fördern und den verschiedenen Bedürfnissen der Bewohner und Gäste von Arosa nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit besser gerecht zu werden.

1. Ausgangslage

Im Kanton Graubünden sind sowohl der Kanton als auch die Gemeinde mit polizeilichen Aufgaben betraut, wobei der Gemeinde diejenigen Aufgaben zukommen, für die nicht der Kanton zuständig ist (Art. 3 Abs. 1 des Polizeigesetzes des Kantons Graubünden; PolG). Sie sind insbesondere für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, für die Überwachung des ruhenden Verkehrs sowie die Erfüllung weiterer ihnen durch die Gesetzgebung übertragenen polizeilichen Aufgaben zuständig.

Das neue Polizeigesetz des Kantons Graubünden (PolG) wurde seit seinem Inkrafttreten am 1. Juli 2005 wiederholt revidiert. Insbesondere mit der Revision im Jahr 2018, in Kraft seit 01.01.2019, wurde die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden klarer gefasst.

Gemäss Art. 46 Ziffer 10 der Verfassung der Gemeinde Arosa vom 4. November 2012 übt der Gemeindevorstand die der Gemeinde zustehende Polizeigewalt aus. Die Aufgaben der Gemeindepolizei ergeben sich heute unter anderem aus verschiedenen, einleitend bereits zitierten kommunalen Gesetzen und Erlassen.

2. Erläuterungen zum Polizeigesetz der Gemeinde Arosa

2.1 Allgemeine Ausführungen zum neuen Gesetz

Dieses Gemeindegesetz stellt eine Zusammenfassung der gängigen gemeindepolizeilichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dar, wie dies viele Gemeinden seit Jahrzehnten kennen, abgestimmt auf die konkreten Bedürfnisse der Gemeinde Arosa. Die fusionierte Gemeinde Arosa kannte bisher kein solches Gesetz. Dennoch sind die Regelungen nicht gänzlich neu, sondern fanden sich verstreut in mehreren Erlassen oder galten als allgemein anerkanntes Gewohnheitsrecht. Die hier enthaltenen Bestimmungen, wie Lärmvorschriften, Ladenöffnungszeiten, etc., sind schweizweit verbreitet und für ein geordnetes Zusammenleben unerlässlich.

Geregelt werden insbesondere folgende Bereiche:

- Organisation, Zuständigkeit und Aufgaben der Gemeindepolizei und der Verkehrspolizei,
- Zuständigkeit zur Regelung der Parkordnung und Kompetenz zur Entfernung vorschriftswidrig parkierter Fahrzeuge;
- ergänzende Regelungen in Bezug auf den öffentlichen Grund inkl. Einführung suchmittelfreier Zonen;
- Regelung der öffentlichen Sachen in Gemeingebrauch, soweit nicht anderweitig geregelt;
- Kodifizierung von Lärm- und anderweitigen Immissionsvorschriften zum Schutz der Ruhe und Erholung der Bewohner und Gäste von Arosa;
- Übernahme und Anpassung der Ladenöffnungszeiten, wobei eine liberalere Regelung eingeführt werden soll;
- Vorschriften bezüglich Tierhaltung, insbesondere Einführung einer allgemeinen Leinenpflicht für Hunde, Hundeverbotzonen und Pflicht zur Hundekotaaufnahme;
- das gesamte Taxi- und Fuhrhalterwesen wird neu auch im Polizeigesetz geregelt;
- Straf- und Schlussbestimmungen, inkl. Einführung eines Bussenkatalogs.

Die einzelnen Regelungen werden nachfolgend näher erläutert und begründet.

2.2 Zu den einzelnen Bestimmungen im neuen Gesetz

In den **Allgemeinen Bestimmungen (Art. 1 bis 3)** werden der Zweck sowie der Regelungs- und Geltungsbereich normiert. Das Gesetz soll auf dem gesamten Gemeindegebiet gelten, wobei das übergeordnete kantonale und Bundesrecht sowie Spezialregelungen des kommunalen Rechts vorbehalten bleiben. Es gilt somit grundsätzlich subsidiär zu anderen Bestimmungen. In Art. 3 wird die generelle Zuständigkeit des Vorstandes für die Erteilung von Bewilligungen festgehalten und in Abs. 2 die Delegationsmöglichkeiten.

Neu werden für dieses Gesetz die kantonalen Richtlinien für die Rechtssetzung des Kantons Graubünden (Stand 01.10.2016) angewandt, da es sich um einen neuen Erlass handelt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf eine gendergerechte Sprache relevant, so dass neu nicht automatisch die männliche Form beide Geschlechter mitumfasst. Vielmehr soll eine kreative Lösung für eine geschlechtergerechte Sprache verwendet werden. Dies entspricht der gesellschaftlichen Entwicklung und dem heutigen Standard einer zeitgemässen Gesetzesredaktion.

Die folgenden 8 Artikel (**Art. 4 bis 11**) widmen sich der Organisation und der Regelung der **Gemeindepolizei**.

Art. 4

Oberste Polizeibehörde ist der Gemeindevorstand. Er regelt die **Organisation der Gemeindepolizei** und kann die Erfüllung der Aufgaben an andere Gemeindestellen, beispielsweise die Baubehörde oder den Hauswart, oder an Private, zu denken ist etwa an die Beauftragung der Sprecher Security, Securitas, usw. delegieren. Soweit opportun kann er für die Organisation der Gemeindepolizei mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten; hier ist beispielsweise an die Vertretungsregelung, gemeinsame Aufklärungskampagnen oder Supervision und Hilfeleistungen bei grösseren Ereignissen zu denken.

Art. 5 bis 6

Die Zuständigkeit und die Aufgaben der Gemeindepolizei ergeben sich aus dem kantonalen Gemeindegesetz (BR 175.050; GG, z.B. Art. 8). Die Gemeinden erfüllen auf ihrem Gebiet diejenigen polizeilichen Aufgaben, für die nicht der Kanton zuständig ist. Die Gemeinden sind insbesondere zuständig für die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, die Überwachung des ruhenden Verkehrs sowie die Erfüllung weiterer ihnen durch die Gesetzgebung übertragener polizeilicher Aufgaben.

Art. 7 und 8

Erfüllt die Gemeindepolizei ihre Aufgaben in Uniform oder bewaffnet, ist gemäss Art. 3 des kantonalen PolG eine angemessene polizeiliche Ausbildung erforderlich. Dass die Gemeindepolizei ihre Aufgaben in Uniform erfüllt, ist im Gemeindegesetz zu regeln. Dieser Anforderung wird mit Art. 7 nachgekommen. Die Angehörigen der Gemeindepolizei Arosa sind seit jeher bewaffnet und verfügen über die entsprechende Ausbildung. Bezüglich des Schusswaffengebrauchs kann auf die kantonale Gesetzgebung verwiesen werden. Polizeiangehörige haben sich jederzeit auszuweisen, sobald es die Umstände zulassen. Handeln sie in Zivil, haben sie sich auch ohne Aufforderung auszuweisen, sobald es die Umstände zulassen.

Art. 9 und 10

Die Gemeindepolizei ist gemäss kantonalem Polizeigesetz nicht zu Zwangshandlungen wie Befragung, Vorladung, Vorführung, Erkennungsdienstliche Massnahmen, Wegweisung / Fernhaltung, Ausschreibung, Zuführung Minderjähriger, Polizeigewahrsam, Eingreifen bei häuslicher Gewalt, Durchsuchung von Personen, Durchsuchung von Sachen befugt. Solche Zwangsmassnahmen sind grundsätzlich der Kantonspolizei vorbehalten. Die Gemeindepolizei darf jedoch gemäss kantonalem Polizeigesetz (Art. 3 Abs. 1ter PolG) bei der Erfüllung der ihr obliegenden sicherheitspolizeilichen Aufgaben Personen anhalten, bis die Kantonspolizei eintrifft. Die Anhaltung verhindert das weitere Fortbewegen einer Person durch die vorübergehende Zurückbehaltung derselben an Ort und Stelle. Sie stellt noch keine Freiheitsentziehung dar und darf nicht eine Dauer erreichen, die als Festnahme anzusehen wäre. Den entsprechenden Grenzwert, der derzeit bei ungefähr sechs Stunden liegt, dürften die kommunalen Polizeikräfte

in der Regel problemlos einhalten können. Die Anhaltung soll es den kommunalen Polizeikräften nur ermöglichen, eine Person bei der Erfüllung ihrer sicherheitspolizeilichen Aufgaben anzuhalten, bis die Kantonspolizei eintrifft und als zuständige Polizeibehörde weitergehende polizeiliche Massnahmen (Art. 9 ff. PolG) treffen kann.

Mit der Ausweispflicht der Polizeibehörde gemäss Art. 8 korreliert die Pflicht eines jeden, bei begründetem Anlass seine Personalien anzugeben, sich auszuweisen und weitere Angaben zur Person zu machen. Gerade in Fällen, bei welchen das Ordnungsbussenverfahren zur Anwendung gelangt, kann dies erforderlich sein, wenn die Busse nicht vor Ort bezahlt und ein Einzahlungsschein mitgegeben wird. Wird in der Folge die Busse nicht bezahlt, ist allenfalls ein ordentliches Verfahren einzuleiten, weshalb in diesen Fällen die korrekte Feststellung der Identität der betroffenen Person unerlässlich für die Bussenerhebung ist. Kann diese nicht vor Ort festgestellt werden, muss daher eine Person zur weiteren Abklärung auf die Dienststelle gebracht werden können. Das kantonale Polizeigesetz sieht für die Gemeindebehörde keine weiteren polizeilichen Massnahmen als die Anhaltung vor. Alle anderen polizeilichen Massnahmen werden der Kantonspolizei vorbehalten. Die Gemeindepolizei kann jedoch ohne die Möglichkeit zur Identitätsfeststellung und der Möglichkeit eine Person wegzuweisen oder in Gewahrsam zu nehmen, ihre Aufgaben nicht alleine erfüllen und wäre implizit bei Ihrer Aufgabenerfüllung auf die Mithilfe der Kantonspolizei angewiesen, wenn sich eine Person den kommunalen polizeilichen Aufforderungen widersetzt. Es ist somit keineswegs so, dass die Gemeindebehörde nicht auf solche Massnahmen angewiesen wäre, wie in der Botschaft zur Teilrevision des Polizeigesetzes, Heft Nr. 2 / 2018 – 2019, S 46, ausgeführt wird. Mit Art. 8 soll daher in Wahrung der Gemeindeautonomie die gesetzliche kommunale Grundlage geschaffen werden, damit die Gemeindepolizei ihren Aufgaben, insbesondere der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, nachkommen kann, wenn sich eine Person den polizeilichen Anweisungen widersetzt. Der Gemeindevorstand wird sich ausserdem darum bemühen, diesbezüglich und für weitere Fälle mit dem Kanton entsprechende Vereinbarungen zu treffen (vgl. auch Ausführungen zu Ziff. 49), andernfalls die Aufgabenerfüllung für die Gemeindepolizei erheblich erschwert und teilweise verunmöglicht wird.

Darüber hinaus ist die Zwangsanwendung durch polizeilich ausgebildete Gemeindeorgane explizit in den Konstellationen gemäss Art. 10 erlaubt¹.

In **Art. 11** wird die polizeiliche Generalklausel, welche aufgrund von allg. Staats- und Verwaltungsrechtlichen Grundsätzen eh gilt, auch im kommunalen Recht wegen deren Bedeutung nochmals explizit erwähnt.

In **Art. 12 bis 14** werden die Zuständigkeit und die **verkehrspolizeilichen Aufgaben** der **Gemeinde** geregelt, soweit nicht ohnehin bereits übergeordnetes Recht Anwendung findet. Dies ist insbesondere bezüglich der Signalisation des örtlichen Verkehrs und des Ordnungsbussenverfahrens gemäss SVG der Fall, so dass auf eine ausführliche Regelung mit Verweis auf das kantonale Recht bzw. das SVG verzichtet werden kann. Das Verfahren ist insbesondere in Art. 7 EGzSVG (BR 870.100) geregelt, wonach eine neue Verkehrsanordnung nach Genehmigung durch die kantonale Behörde während 30 Tagen öffentlich aufzulegen ist, bevor die Gemeinde definitiv entscheidet. Aufzunehmen ist indessen die Ermächtigung zur Regelung der Parkordnung und zur Entfernung vorschriftswidrig parkierter Fahrzeuge.

Die Grundzüge der Gebührenordnung für das Parkieren werden in einem Anhang A zum Gesetz (Art. 13 Abs. 3) geregelt. Grundsätzlich soll die heute geltende Regelung der Park- und

¹ Polizeigesetz und Polizeiverordnung des Kantons Graubünden, 2. Aufl., Hrsg. Gianfranco Albertini, 58

Gebührenordnung übernommen werden. Die entsprechende Verordnung wird im Zusammenhang mit dem Erlass des Gesetzes überarbeitet und erstellt.

In Art. 15 findet sich die bereits bisher bekannte Regelung rund um die Schneeräumung, welche einen Zusammenhang mit der Sicherheit an Strassen und Wegen hat und darum hier geregelt ist. Das Befahren von Strassen und Wegen im Nebengelände mit Motorfahrzeugen richtet sich weiterhin nach der Verordnung der Gemeinde Arosa für das Befahren von Alp-, Güter- und Waldstrassen mit Motorfahrzeugen (Art. 16).

Es folgen in **Art. 17 – 24** Bestimmungen zum **Gebrauch öffentlicher Sachen**. In Art. 17 und 18 werden der Gemeingebrauch und der gesteigerte Gemeingebrauch geregelt, welcher letzterer eine Bewilligungspflicht obliegt. Für Kundgebungen ist die Bewilligungspflicht bereits im kantonalen Polizeigesetz vorgesehen. Von Gemeinderechts wegen soll jedoch jeglicher über die bestimmungsgemässe Nutzung hinausgehende Beanspruchung bewilligungspflichtig sein, so insbesondere auch das Sammeln von Geld, das Ausführen von Strassenmusik, Verteilen von Flugblättern, Anwerben von Dienstleistungen etc. Die Gebühr für die Bewilligung beträgt je nach Intensität und Zweck der Beanspruchung zwischen CHF 100.00 und CHF 500.00. Das Betteln ist auf öffentlichem Grund gänzlich verboten.

So wird die Überwachung des öffentlichen Grundes in Anlehnung an das kantonale Datenschutzgesetz aufgenommen (Art. 19). Gemäss Art. 3a KDSG ist für die Überwachung des öffentlichen Raums eine konkrete Gefährdung sowie die Erforderlichkeit zum Schutz von öffentlichen Zwecken dienenden Gebäuden oder deren Benutzerinnen und Benutzern erforderlich. Eine Überwachung erfolgt somit nur, wenn dies tatsächlich notwendig ist. Ebenso ist im kantonalen Gesetz geregelt, dass aufgezeichnete Personendaten innert 90 Tagen zu löschen sind, wenn sie nicht in einem Strafverfahren oder zur Gefahrenabwehr benötigt werden. Somit sind der Datenschutz und die Verhältnismässigkeit in jedem Fall zu wahren und es ist auch ein vorgängiger Rechtsschutz zu gewähren, was mit der vorliegenden Regelung erfüllt wird. Bevor eine Überwachung erfolgt, ist demnach eine Allgemeinverfügung zu erlassen, welche zu veröffentlichen ist und gegen welche im Vorfeld Einsprache erhoben werden kann. Zudem ist sicherzustellen, dass auf die Überwachung vor Ort angemessen hingewiesen wird. Mit der vorliegenden Normierung sollen insbesondere die Zuständigkeit und das Verfahren in der Gemeinde Arosa geregelt werden. Im Übrigen gilt das KDSG.

Weiter sollen neu insbesondere zum Schutz Minderjähriger suchtmittelfreie Zonen eingeführt werden können (Art. 20); weiter wird ein Verbot des Litterings und der Verrichtung der Notdurft im Siedlungsbereich eingeführt (Art. 21); Letzteres Selbstverständlichkeiten, welche auch nach kantonalem Recht unter Strafe gestellt sind, hier aber zur Verdeutlichung nochmals aufgegriffen wird.

Am Schluss dieses Gesetzesabschnitts finden sich folgende Regelungen: Art. 22 beinhaltet eine allgemeine Sicherungspflicht für Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken etc., d.h. diese haben dafür besorgt zu sein, dass von ihrem Eigentum keine Gefahren für Dritte ausgehen. Art. 23 sieht in Ergänzung dieser Pflichten noch vor, dass die Gemeinde das Recht auf Ersatzvornahme hat, wenn die Eigentümer ihren Pflichten nicht nachkommen. Das Campieren ist nur an den von der Gemeinde bezeichneten Plätzen gestattet (Art. 24)

Die Bestimmungen über **Lärm und andere Immissionen** finden sich in den **Art. 25 – 35**. Der Entwurf hält sich hier an vergleichbare Erlasse in Graubünden. Es werden insbesondere die Nacht- und Ruhezeiten geregelt sowie lärmverursachende Arbeiten zu Randzeiten zum Schutz der Ruhe der Bevölkerung und Gäste sowie zur Förderung des Ferien- und Tourismusortes Arosa als Erholungsraum eingeschränkt. Da das neue Baugesetz bezüglich Bauzeiten auf das neue Polizeigesetz verweist, wurden die Regelungen dazu in Art. 29 aufgenommen. Um dem Umstand

gerecht zu werden, dass sich Arosa zu einem Ganzjahresort entwickeln will, wurden die Saisonzeiten aus dem Gesetz gestrichen und es wird Aufgabe des Gemeindevorstandes sein, die nötigen Regelungen für weitergehenden Lärmschutz im Interesse des Tourismus in Form von Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Dazu gehört auch das sog. Bauverbot, welches bisher in der Wintersaison galt (Art. 26). Es werden zudem Regelungen zu folgenden lärmverursachenden Tätigkeiten getroffen: Gewerbe, Unternehmungen, Landwirtschaft, Gartenarbeiten, Schneeräumung, Pistenfahrzeuge, Schneekanonen, häuslicher Lärm, Lärm im Freien, in Zelten und Fahrnisbauten und Helikopterflüge.

Letzteres ist bereits weitgehend durch das übergeordnete Recht geregelt, wird hier aber präzisiert. Für Landungen und Abflüge soll grundsätzlich der offizielle Gebirgslandeplatz benutzt werden. Damit soll insbesondere verhindert werden, dass durch private Flüge Personentransporte vorgenommen werden, durch die das Siedlungsgebiet übermässig belästigt wird. Ebenso ist es im ganzen Gemeindegebiet nicht erwünscht, dass Heliskiing und dergleichen betrieben wird. Auf zusätzliche Regelungen für Drohnen wird aufgrund der umfassenden Vorgaben des Bundesrechts verzichtet. Die Durchsetzung von solchen Regelungen wäre alles andere wie einfach.

Normiert werden ausserdem die Licht- und Laseremissionen, ebenso aufgrund von Erfahrungen des aktuellen Winters, die Ordnung und Sicherheit auf und neben Baustellen und Installationsplätzen (Art. 30). Neu soll ausserdem das Abbrennen von Feuerwerk untersagt und das Grillieren und Feuern nur auf den offiziellen Feuer-/Grillstellen zur Verhinderung wilder Feuer und des Litterings gestattet sein. Ausnahmen können bewilligt werden, wobei eine Bewilligung zum Abbrennen von Feuerwerk nur erteilt werden soll, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht, zum Beispiel bei einer grösseren Feierlichkeit wie Gemeindejubiläum, Olympiade etc., die wirklich von ausserordentlicher Bedeutung für die Gemeinde sind.

Art. 27 hält zur Sicherstellung der Ruhe fest: Wer auf öffentlichem oder der Allgemeinheit zugänglichem privaten Grund die Ruhe stört, kann neu mit einer Busse bestraft werden und im Wiederholungsfalle für 14 Tage aus dem Rayon, wo er sich entsprechend verhalten hat, weggewiesen werden. Zu denken ist an Personen, die sich auf öffentlichem oder öffentlich zugänglichem Platz aufhalten und wiederholt durch unflätiges und die Ruhe störendes Verhalten auffallen und keine Einsicht in ihr rücksichtsloses Gebaren zeigen. Diese Bestimmung ergänzt die im Kantonalen PolG in Art. 36g vorhandene Regelung betreffend «unanständigem Benehmen, Ruhestörung».

Die **Ladenöffnungszeiten** werden in **Art. 36 und 37** geregelt, wobei diese zur Förderung des Tourismus wie schon in der geltenden Regelung sehr liberal gehalten werden. Ladengeschäfte können ganzjährig, ausser an hohen Feiertagen, von 6.00 Uhr bis 21.00 Uhr offenhalten, selbstverständlich unter Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorgaben. Es gibt keine Sonderregelung mehr für Apotheken, Tankstellenshops etc. Die Kompetenz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten ergibt sich dabei aus Art. 7 des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage (Ruhetaggesetz, BR 520.100)

In den **Art. 38 bis 40** wird das **Plakat- und Reklamewesen** geregelt, soweit nicht übergeordnetes Recht, z.B. kantonales Recht für Reklamen an Kantonsstrassen, vorgeht. Es wird die bereits heute in der Gemeinde Arosa geltende Regelung für das gesamte Gemeindegebiet übernommen.

In den **Art. 41 bis 44** wird die **Tierhaltung** geregelt, wobei hier insbesondere auch das kantonale Veterinärgesetz gilt. Neben dem Grundsatz über die Haltung von Tieren soll insbesondere auf dem gesamten Gemeindegebiet eine Leinenpflicht sowie für bestimmte Einrichtungen eine

Hundeverbotszone eingeführt werden. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, weitere Zonen für hundefrei zu erklären oder explizit Orte zu definieren, wo Hunde freilaufen gelassen werden können. Die Hundekotaufnahme sollte eine Selbstverständlichkeit sein, wird hier aber explizit normiert und kann damit – wie auch ein Verstoß gegen die Leinenpflicht oder die Hundeverbotszone - bei Zuwiderhandlung zu einer Buse führen (Art. 45). Im Weiteren wird in Art. 43 die Hundesteuer geregelt. Diese Bestimmungen müssen von der Regierung genehmigt werden, da es sich um sog. Steuerrecht handelt.

In den **Art. 45 bis 56** werden **das Taxi- und das Fuhrhalterwesen** neu auch im Polizeigesetz geregelt. In Art. 45 wird die Bewilligungspflicht für den gewerbsmässigen Transport von Personen, d.h. für Taxis und Pferdefuhrwerke, wobei letzteres auch von Pferden gezogene Schlitten einschliesst, geregelt. Wer über eine Konzession des Bundes verfügt, z.B. Postauto oder Bahn, sowie Hotelbetriebe für ihre Hoteltaxis, sind von der kommunalen Bewilligungspflicht ausgenommen. Eine Betriebsbewilligung kann mit Auflagen verbunden werden, wenn dies zur Gewährleistung eines sicheren und einwandfreien Betriebs eines Taxi- oder Fuhrhalterunternehmens nötig ist (Art. 46).

In Art. 47 werden die Voraussetzungen für die Erteilung einer Betriebsbewilligung im Gesetz selber aufgeführt. Dies ist aus rechtsstaatlichen Gründen notwendig, da dies Eingriffe in die persönlichen Verhältnisse der Gesuchsteller darstellen. Die Bewilligung wird neu auf drei Kalenderjahre, beginnend jeweils am 1. Januar, ausgestellt (Art. 48). Bewilligungen, welche während eines laufenden Jahres nachgesucht und ausgestellt werden, werden entsprechend auf die Restdauer von 3 Jahren ausgestellt, weil das angebrochene Jahr für die Gesamtdauer mitzählt. In Art. 49 wird umschrieben, zu welchen Rechten die Betriebsbewilligung führt.

In Ergänzung zur Betriebsbewilligung bedürfen auch die Personen, welche ein Taxi oder ein Fuhrwerk führen wollen, einer Bewilligung des Gemeindevorstandes (Art. 50). Die Voraussetzung für die Erteilung sind in Art. 51 des Gesetzes geregelt. Aus den gleichen Gründen wie bei der Betriebsbewilligung sind die Voraussetzungen im Gesetz selber aufzuführen.

Der Gemeindevorstand bestimmt die Standplätze auf öffentlichem Grund. Zur Sicherstellung eines ganzjährigen Taxibetriebes kann er die Standplätze konzessionieren und bestimmten Betrieben zur exklusiven Nutzung zuweisen (Art. 52). Aus dem gleichen Grund kann er eine Betriebsbewilligung auch mit einer Betriebs- und Beförderungspflicht zur Sicherstellung einer ausreichenden Taxiversorgung der Gemeinde verbinden. Betriebe mit Betriebs- und Beförderungspflicht haben Vorrang bei der Vergabe allfällig konzessionierter Standplätze (Art. 53).

In Art. 55 werden die Gebühren für die einzelnen Bewilligungen im Taxi- und Fuhrhalterwesen festgelegt, in den Art. 54 i.V.m. mit Art. 56 die Voraussetzungen, dass die eingesetzten Fahrzeuge jederzeit betriebssicher sind. Der letztere Artikel regelt im Weiteren die Kompetenzen des Vorstandes, um Einzelheiten zu den Betriebsbewilligungen, den persönlichen Voraussetzungen für Lenkerinnen von Taxis und Pferdefuhrwerken sowie Schutz der Tiere und Sicherheit der Fahrzeuge. Der Vorstand wird hierzu nach Inkrafttreten des neuen Rechts die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen. Diese werden sich an den bisherigen Regelungen orientieren.

In **Art. 57 bis 59** folgen die Strafbestimmungen. Neu soll die Möglichkeit der Bussenerhebung gemäss Bussenkatalog bei leichten Wiederhandlungen eingeführt werden und zwar für das gesamte kommunale Strafrecht. Der Gemeindevorstand wird ermächtigt, einen entsprechenden Bussenkatalog zu erlassen. Die Ordnungsbussen dürfen CHF 50.00 bis CHF 500.00 betragen.

In **Art. 60 – 64** folgen **Verfahrens- und Schlussbestimmungen**. Soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht, ist der Gemeindevorstand zum Erlass von Verfügungen und Bewilligungen zuständig. Hier wird auch der Kostenrahmen für Bewilligungen und Verfahrenskosten festgelegt.

Die dauernde Übernahme von gemeindepolizeilichen Aufgaben durch die Kantonspolizei gegen Entschädigung kann gemäss Art. 5 kant. PolG vertraglich geregelt werden. Ebenso kann der Kanton mit einer Gemeinde die Übertragung von Aufgaben der Kantonspolizei an die Gemeindepolizei gegen Entschädigung vertraglich vereinbaren, soweit dies sachlich sinnvoll erscheint und die organisatorischen und personellen Voraussetzungen erfüllt sind.

Es ist vorgesehen, mit dem Kanton eine entsprechende Vereinbarung zu treffen, um zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aber auch bei Unfällen, rasch im Auftrag der Kantonspolizei handeln zu können, insbesondere wenn diese aufgrund anderweitiger dringlicher Aufgaben oder aufgrund der Entfernung nicht rechtzeitig vor Ort sein kann. **Art. 62** hält dies nun auch auf kommunaler Ebene fest.

3.3 Schluss- und Ausführungsbestimmungen

Folgende Erlasse können mit Einführung des Polizeigesetzes aufgehoben werden:

- Gesetz über die allgemeine Ortspolizei der Gemeinde Arosa vom 1. August 1995;
- die Hundeverordnung der Gemeinde Arosa vom 1. Januar 1977;
- das Taxigesetz vom 24. Oktober 2011;
- das Fuhrhaltergesetz vom 24. November 2002.

Zum neuen Polizeigesetz müssen **Ausführungsbestimmungen und ein Ordnungsbussenkatalog** erlassen werden. Diese werden vom Gemeindevorstand auf das Inkrafttreten des neuen Rechts hin beschlossen.

4. Schlussbemerkungen

Der Gemeindevorstand erhofft sich mit diesem Polizeigesetz eine griffigere Handhabe, um unliebsamen Entwicklungen im Tourismusort Arosa entgegenzuwirken, diesen weiter zu fördern und den verschiedenen Bedürfnissen der Bewohner und Gäste von Arosa nach Ruhe, Ordnung und Sicherheit besser gerecht zu werden.

Arosa, 15. Februar 2023

Namens des Gemeindevorstandes

Die Präsidentin

Der Gemeindeschreiber